

Datenbank zu „Euthanasie“- Verbrechen jetzt im Internet

*Die Erinnerung mahnt zur Verteidigung der ärztlichen Grundwerte –
Neue Perspektiven für die historische Forschung*

von **Julia Bathelt**

Nach rund dreijähriger Inventarisierungsarbeit steht ab sofort ein umfangreiches Quelleninventar zu den NS-„Euthanasie“-Verbrechen online zur Verfügung (www.bundesarchiv.de). Die Datenbank – ein Gemeinschaftsprojekt von Bundesärztekammer, Bundesarchiv, Deutscher Forschungsgemeinschaft und Robert-Bosch-Stiftung – verzeichnet alle derzeit verfügbaren Archivbestände aus Deutschland, Österreich, Polen und Tschechien zu den nationalsozialistischen Krankmorden und ist für jeden Interessierten zugänglich.

„Der Wahrheit stellen“

Die deutsche Ärzteschaft müsse sich der Wahrheit stellen, verlangte der Ehrenpräsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Karsten Vilmar, kürzlich in Berlin bei der Vorstellung des Quelleninventars: „Ärzte haben in der Zeit des Nationalsozialismus Tod und Leiden von Menschen herbeigeführt, angeordnet und gnadenlos verwaltet.“ Es habe nur verschwindend wenige kritische Ärzte gegeben, die ihre Ablehnung öffentlich kundgetan hätten. „Die ‚Euthanasie‘-Verbrechen sind daher eine eindringliche Mahnung, die ärztlichen Grundwerte gegen den Zeitgeist und staatliche Eingriffe zu verteidigen. Die Opfer mahnen uns Ärzte, niemals wieder solche Untaten durch Ärzte geschehen zu lassen“, betonte Vilmar.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden etwa 200.000 psychisch kranke, sozial auffällige oder geistig behinderte Frauen, Männer

und Kinder in einer breit angelegten Aktion in Krankenhäusern und Heimen systematisch ermordet. Die Opfer dieses als „Aktion T4“ bekannt gewordenen Vernichtungsprogramms starben seit 1939/40 auf grausame Weise: an Überdosen von Medikamenten, in Gaskammern, durch Quälereien oder systematischen Nahrungsentzug. Die Verbrechen wurden von den Nationalsozialisten verschleiert und geheim gehalten. Die verantwortlichen Ärzte arbeiteten ebenso wie die Verwaltung in der Berliner Tiergartenstraße 4 (T 4) mit Decknamen. Die Patienten wurden zunächst in so genannte Zwischenanstalten gebracht, um den weiteren Transport zu verschleiern. Die Standesämter und die Angehörigen erhielten anschließend die Sterbebenachrichtigung und fingierte Trostbriefe.

Unbekannte Zahl von Opfern

Der Vizepräsident des Bundesarchivs, Dr. Klaus Oldenhage, warnte vor der Annahme, dass man die genaue Zahl der Opfer jemals wird ermitteln können. Allein die Zahl der Aktenbestände sei nicht aussagekräftig genug. Viele Opfer seien vor ihrem Tod in verschiedenen Heimen untergebracht gewesen, so dass es Aktendopplungen gebe, erklärte Oldenhage. Hinzu kommt der Verlust von Akten durch Bombenschäden oder vorsätzliche Vernichtung gegen Kriegsende.

Initiiert und vorbereitet wurde das Projekt Mitte der 90er Jahre vom wissenschaftlichen „Arbeits-

kreis zur Erforschung der nationalsozialistischen ‚Euthanasie‘ und Zwangssterilisation“, der Bundesärztekammer sowie zahlreichen Fachleuten aus wissenschaftlichen Instituten und Archiven. Während der Inventarisierungsarbeit mussten weit verstreute Dokumente in Krankenhäusern, Verwaltungen, bei Gedenkstätten sowie in staatlichen, kommunalen oder kirchlichen Archiven aufgefunden werden. Der größte Aktenbestand – 30.000 von ursprünglich gut 70.000 Patientenakten zu den „Euthanasie“-Aktionen – gelangte bereits 1990 mit dem Einigungsvertragsgesetz in das Bundesarchiv. Die Akten waren bis dato vom Ministerium der Staatssicherheit der DDR verwahrt worden.

Verbrechen im Rheinland bereits gut erforscht

Verschiedene Regionen wie das Rheinland oder Hessen sind bereits gut erforscht. „Große Desiderate bestehen jedoch bis heute im Bereich vergleichender Studien“, erläuterte Dr. Christina Vanja, Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats, der die Inventarisierungsarbeit von Beginn an begleitete. „Ursache all dieser Forschungslücken war bisher in erster Linie die Unübersichtlichkeit der Quellenlage“, so die Wissenschaftlerin. Zahlreiche Altaktenbestände lagen noch bei Krankenhäusern, Kliniken und pädagogischen Einrichtungen, ohne dass die Forschung Zugang zu ihnen besaß. Mit der jetzt vorgestellten Datenbank ergeben sich somit auch neue Perspektiven für die historische Forschung.